

Einführung in das Schwerpunktthema

Green Economy – ein Plastikbegriff in der Entwicklungszusammenarbeit?

Von Frank Ebinger und Christopher Garthe



Green Economy“ ist grundsätzlich kein neuer Begriff. Bereits 1989 verwendeten ihn Pearce et al. (1989) zumindest als Überschrift für einen Aufsatz („Blueprint for a Green Economy“), der sich aber nicht durchsetzte und in Vergessenheit geriet. Rechtzeitig vor dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel in Rio wurde er durch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) wiederbelebt und erreichte in der folgenden internationalen Diskussion den Status eines wichtigen Ankerpunkts für verschiedenste internationale Institutionen, Staatsregierungen und die Zivilgesellschaft. Das UNEP definiert Green Economy als ein Konzept, das „menschliches Wohlergehen steigert und soziale Gleichheit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheiten erheblich verringert werden“ (UNEP 2014).

Zwar endete der UN-Nachhaltigkeitsgipfel in Rio im Jahr 2012 nur mit mittelmäßigem Erfolg, aber mit dem grundsätzlichen Bekenntnis zum Konzept des „grünen Wirtschaftens“ (BMU 2012a). Eine der wichtigsten Vereinbarungen war es, dass bis 2014 gültige Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) für das Spektrum der im Abschlussdokument enthaltenen Themen ausgearbeitet werden, über deren Umsetzung zukünftig mittels festzulegender Indikatoren und Berichte Auskunft gegeben werden soll (BMU 2012b). Im Zuge der Verhandlung um die sogenannte internationale Post-2015-Agenda zu neuen Millennium-Entwicklungszielen (MDGs), die nach 2015 in Kraft treten sollen, wurde auf UN-Ebene entschieden, erstmals Entwicklungsziele mit den neuen SDGs zu verbinden. Das bedeutet, dass die Weiterführung von acht MDGs, die seit 2000 einen wichtigen Kern der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bilden, um neu zu formulierende SDGs ergänzt wird. Hieran orientieren sich weltweit auch internationale Geber in der Entwicklungszusammenarbeit, die künftig länderspezifische Unterstützungsleistungen

an diesem neuen Zielkatalog ausrichten werden (BMU 2012b). Entsprechend stark wächst das Interesse von Entwicklungsländern am Konzept einer Green Economy.

Was steckt hinter dem Begriff?

Grundsätzlich ist es nicht einfach zu fassen, was konkret hinter dem Ansatz einer Green Economy steht. Wir haben es hier mit einem typischen Plastikbegriff (Pörksen 1989) zu tun, der aus der jeweiligen Perspektive des Betrachters ein immer positiv aufgeladenes Konzept mit anderer Schwerpunktsetzung beinhaltet. So versteht beispielsweise das UNEP darunter die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. Die International Labour Organization ILO hofft auf quantitativ und qualitativ positive Effekte auf die Beschäftigung und schlägt einen Interventionsmix vor, der nachhaltige Produktion adressiert und ein verändertes Konsumverhalten anstrebt (ILO 2012). Die OECD verbindet eine ökonomische Wachstumsperspektive mit ökologisch sensibler Institutionenausgestaltung und Maßnahmen, womit ein sogenanntes „Green Growth“ erzielt werden soll (OECD 2011).

Der Ansatz zielt hierbei auf Armutsbekämpfung durch ökonomisches Wachstum bei gleichzeitig reduzierten Umweltwirkungen. Die kulturelle Dimension und verbesserte Zugänge zu Bildungsinstitutionen – häufig übersehene Aspekte für einen erfolgreichen Transformationsprozess in Richtung einer Green Economy – werden verstärkt von der UNESCO in die Diskussion eingebracht. Der UNESCO ist die inklusive und kontextsensible Entwicklung von Lösungen und Ansätzen wichtig, die die aktive Teilhabe der Zielgruppen erhöht und Effektivität sichert (UNESCO 2011, S. 65).

Wie kann eine konkrete Anwendung in der Entwicklungszusammenarbeit aussehen?

Grundsätzlich adressieren Green-Economy-Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit Transformationsprozesse in den Partnerländern, für die es keine Blaupause gibt (BMZ 2011). Zu unterschiedlich sind die kulturellen, sozialen, ökologischen, ökonomischen und technologischen Voraussetzungen in den Ländern. Dennoch lassen sich Grundprinzipien ableiten, an denen sich künftige Ansätze orientieren können, sollen sie eine erfolgreiche Wirkung erzielen (GIZ 2012, S. 7).

Es geht hierbei um individuelle Lösungen, die mit den Partnern spezifisch entwickelt werden und sich an deren konkreten Bedürfnissen orientieren. Als zielführend hat sich die Orientierung an einem multidisziplinären Mehrebenenansatz herauskristallisiert, der Wissen und die besten Praktiken in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren auf allen gesellschaftlichen Ebenen partizipativ zu verknüpfen sucht und in strategischen Veränderungspolitiken zusammenbringt. Einen solchen Ansatz zeigen **Andreas Stamm** und **Girma Mamo** am Beispiel von Äthiopien auf, das eine beispielhafte Verknüpfung von Innovationspolitik mit den Zielen einer Green Economy anstrebt.

Das heißt bei der Einführung solcher Lösungen konsequenterweise aber auch, dass neben der Beratung auf der politischen Ebene bei den notwendigen Änderungen der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch kulturelle und soziale Strukturen berücksichtigt werden müssen und konkret mit den adressierten Partnern in der Praxis an Detaillösungen gearbeitet werden sollte. Dies hilft, die Widerstände und Bedenken offenzulegen, und identifiziert die Prioritäten der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. Ferner erleichtert es Einführung der Reformen bei gleichzeitig erhöhter Erfolgswahrscheinlichkeit im Transformationsprozess und ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Einen solchen Ansatz beschreibt **Georgeta Vidican** im Zusammenhang mit den Herausforderungen und Möglichkeiten eines wachsenden Windkraft- und Solarmarktes in Marokko für die lokale Wertschöpfung und lokale Märkte.

Wie schon oben angedeutet, spielt bei Transformationsprozessen das Wissen und die Entwicklung von Fähigkeiten aller im Prozess beteiligter Stakeholdergruppen eine wichtige Rolle. Neue Fähigkeiten müssen entwickelt werden (Capacity Development), die Verbesserung der Wissensbasis durch eine gezieltere wissenschaftliche Aufarbeitung durch Hochschulen, die Einbettung technologischer Entwicklungen in existierende Wirtschaftsstrukturen und eine stetige Verbesserung der verfügbaren Wissensbasis sind essenziell auf dem Weg in Richtung Green Economy. Der Transformationsprozess benötigt ein neues Denken auf mehreren Ebenen, vor allem aber im Privatsektor, der in den Entwicklungsländern eine Schlüsselrolle einnimmt. Hieran setzt der Beitrag von **Hans Joachim Zinnkann** und **Cosima Stahr** an, die ein Programm zur Verbesserung von Umweltbelangen im Bereich der Wirtschaftsberatung (business development services) von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen in Indien vorstellen.

Eine „grünere“ Ausrichtung lokaler oder internationaler Handelsstrukturen, von Wertschöpfungsketten und die Entwicklung lokaler Märkte sind wichtige Grundlagen, die über den Erfolg der Transformationsstrategien entscheiden. Der Beitrag von **Matthias Beyer** stellt den Tourismusmarkt als einen wichtigen Impulsgeber lokaler Marktentwicklung in den Mittelpunkt und zeigt Möglichkeiten für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung auf. Der Beitrag von **Herman uit de Bosch** und **Marnix Wolters** setzt an einer anderen Stelle der Privatsektorentwicklung an, indem die Entwicklung veränderter interna-

tionaler Handelsstrukturen über neuartige Wertschöpfungsketten mit einer lokalen Wirtschaftsentwicklung am Beispiel der natürlichen kirgisischen Walnusswälder thematisiert werden – mit großen Potenzialen zur Erhöhung des Einkommens vornehmlich armer Bauern in den ländlichen Regionen.

Trotz der vielen Chancen, die im Transformationsprozess in Richtung Green Economy für Entwicklungsländer stecken, lauern vielfältige Risiken und Schwierigkeiten im Detail bei der Umsetzung. Ein „alles auf einmal“ wird sicher die Partnerländer überlasten und zu großen Verwerfungen führen. Wie in jedem Entwicklungsprozess wird es Gewinner und Verlierer geben, denen besonderes Augenmerk gegeben werden muss. Besonderes Augenmerk verdient ebenso die verbreitete Korruption – eine unheilvolle Kraft, die die vielen guten Ansätze schnell diskreditieren kann und wirkungslos werden lässt. Ein Problem, für das es spezielle Maßnahmen zu entwickeln gilt.

Literatur

- BMU (2012a): Wichtige Weichenstellungen bei Rio plus 20, [http://www.bmub.bund.de/themen/europa-international/int-umweltpolitik/rio-plus-20/detailansicht/artikel/wichtige-weichenstellungen-bei-rio-plus-20/?tx_ttnews\[backPid\]=1966&cHash=723f2ebba855ef2fba210ef6e22e7398](http://www.bmub.bund.de/themen/europa-international/int-umweltpolitik/rio-plus-20/detailansicht/artikel/wichtige-weichenstellungen-bei-rio-plus-20/?tx_ttnews[backPid]=1966&cHash=723f2ebba855ef2fba210ef6e22e7398) (aufgerufen am 10. 10. 14)
- BMU (2012b): Rio plus 20 – Alle Informationen, <http://www.bmub.bund.de/themen/europa-international/int-umweltpolitik/rio-plus-20/rio-plus-20-alle-informationen> (aufgerufen am 10. 10. 14)
- BMZ (2011): Green Economy. Bonn.
- GIZ (2012): Green Economy – Praktische Arbeitserfahrungen im Feld der „Green Economy“. Beispiele aus der Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn.
- ILO (2012): Working towards sustainable development. Opportunities for decent work and social inclusion in a green economy. Geneva.
- OECD (2011): Towards Green Growth. Paris.
- Pearce, D. W./Markandya, A./Barbier, E. B. (1989): Blueprint for a green economy. London.
- Pörksen, U. (1989): Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur, 3. Aufl. Stuttgart.
- UNESCO (2011): From green economies to green societies: UNESCO's commitment to sustainable development. Paris.
- UNEP (2014): What is a Green Economy? <http://www.unep.org/greeneconomy/AboutGEI/WhatIsGEI/tabid/29784/Default.aspx> (aufgerufen am 10. 10. 14)

AUTOREN + KONTAKT

Dr. Frank Ebinger ist Professor für Umweltmanagement und Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Nürnberg.

Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, Fakultät Betriebswirtschaft, Bahnhofstraße 87, 90402 Nürnberg. Tel.: +49 911 5880-2753, E-Mail: frank.ebinger@th-nuernberg.de

Christopher Garthe ist Leitender Redakteur von *ÖkologischesWirtschaften*.

ÖkologischesWirtschaften, c/o Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig, Potsdamer Straße 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 884594-0, Fax: +49 30 88254-39, E-Mail: redaktion@ioew.de

